

Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 27. Juli 2016

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Auftragsvergabe für die Kalkulation der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren
3. Beratung und Beschlussfassung über die Ersatzbeschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes
4. Bildung und Betreuung; hier: Einrichtung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in der Kindertagesbetreuung
 - 4.1 Sachstandsinformation
 - 4.2 Beratung und Beschlussfassung über die Ermächtigung der Verwaltung, Auftragsvergaben für die erforderlichen baulichen Maßnahmen vorzunehmen
5. Bildung und Betreuung; hier:
Beratung und Beschlussfassung über die Krippengebühren für das Kindergartenjahr 2016/2017
6. Erweiterung Bauhofgebäude; hier:
 - 6.1 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Betonbauarbeiten
 - 6.2 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Zimmererarbeiten
7. Baugesuche; hier:
Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des Einvernehmens während der sitzungsfreien Zeit
8. Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse
9. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
10. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Auf Anfrage eines Bürgers hinsichtlich eines möglichen Ausbaus des Gasnetzes in Kälbertshausen erklärt Bürgermeister Neff, dass er den Anschluss von Kälbertshausen an das Gasnetz derzeit nicht für aktuell halte. Er empfehle daher, bei Bedarf einen entsprechenden Tank für Erdgas auf dem eigenen Grundstück vorzusehen.

Zu Punkt 2

Rechnungsamtsleiter Zipf erläutert die Verwaltungsvorlage zur diesem Tagesordnungspunkt.

Der Gesetzgeber hat durch die Klarstellung, dass es bei der Ermittlung der Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen abgelaufener Kalkulationszeiträume auf die ansatzfähigen Kosten ankommt, die Ermittlung des gebührenrechtlichen Ergebnisses gefordert. Damit kann künftig nicht mehr auf das bloße haushaltsrechtliche oder betriebswirtschaftliche Ergebnis abgestellt werden. Es muss ebenso wie bei der eigentlichen Gebührenkalkulation nach den Grundsätzen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) eine Nachkalkulation des abgelaufenen Zeitraumes vorgenommen werden.

Grundsätzlich hat die Ermittlung der ausgabepflichtigen Kostenüberdeckungen und der ausgleichsfähigen Kostenunterdeckungen in Form einer Nachkalkulation zu erfolgen, wobei die Ergebnisse der Jahresrechnungen hinsichtlich der Gebührenfähigkeit der Kosten nach KAG bereinigt werden. Im Rahmen der Nachkalkulation werden die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten nach KAG für den letzten Kalkulationszeitraum ermittelt und den auf der Grundlage der Gebührenkalkulation erzielten Gebühreneinnahmen gegenübergestellt.

Die Fa. Schmidt und Häuser aus Nordheim hat im Zuge der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zuletzt im Dezember 2012 eine Kalkulation der zentralen Abwassergebühren für die Gemeinde Hüffenhardt erstellt. Da dieser Kalkulationszeitraum schon ausgelaufen ist, muss eine neue Gebührenkalkulation erstellt werden.

Das Beratungsbüro hat für die Nachkalkulation ein Angebot erstellt. Der Preis liegt bei 3.808 € (brutto). Ferner muss das Ergebnis der Nachkalkulation in die notwendige Gebührenkalkulation der künftigen Jahre eingestellt werden. Die Kosten für die Neukalkulation der Schmutz- und Niederschlagsgebühren belaufen sich auf 4.641 €.

Gemeinderat Hagner möchte wissen, ob die Kalkulation der Abwassergebühren wiederkehrend vergeben werden muss. Dies wird von Herrn Zipf mit Verweis auf die gesetzlichen Regelungen bejaht.

Gemeinderat Kratz erkennt das gesetzliche Erfordernis zur Kalkulation der Abwassergebühren an, vertritt jedoch die Auffassung, dass dies per se nicht erforderlich ist, da sich durch die rückwirkende Betrachtung sehr gut ermitteln lässt, inwiefern die Gebühren kostendeckend erhoben wurden. Herr Zipf erklärt die Kontrollfunktion, die mit dieser Nachkalkulation bei der Erhebung der Abwassergebühren bewirkt werden soll. Darüber hinaus wird der Anpassungsbedarf der Planungsgrundlagen bei der Nachkalkulation berücksichtigt und bei der Vorkalkulation werden geplante Maßnahmen eingerechnet.

Gemeinderat Müller möchte von Herrn Zipf wissen, warum nur ein Angebot vorgelegt wurde. Herr Zipf erklärt, dass dem Unternehmen Schmidt und Häuser aus der Gebührenkalkulation für die gesplittete Abwassergebühr bereits die Strukturen der Gemeinde bekannt sind. Er wolle deshalb auf die gute und erfahrene Zusammenarbeit vertrauen, insbesondere Synergieeffekte nutzen und auf Rabatte im Zuge der gemeinsamen Beauftragung durch die Sprengelgemeinden bauen.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Luckhaupt erklärt Herr Zipf, dass die Vorausbetrachtung in der Vergangenheit selbst vorgenommen und die Gebühren berechnet wurden. Dies sei jedoch wegen der Komplexität der gesplitteten Abwassergebühr nicht mehr ohne weiteres zu bewerkstelligen. Die Vorausberechnung sei jedoch wichtige und logische Konsequenz aus der rückwirkenden Betrachtung und ebenfalls gesetzlich erforderlich.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Beauftragung des Büros Schmidt und Häuser aus Nordheim zur Erstellung der Nachkalkulation und der Neukalkulation der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren zum Gesamthonorar von 8.449 € zu.

- einstimmig -

Zu Punkt 3

Bürgermeister Neff erläutert den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Gemeinde verfügte seit Dezember 2015 über drei Geschwindigkeitsanzeigesysteme, wovon zwei in 2015 beschafft wurden und eine Anzeige bereits einige Jahre im Bestand geführt wurde. Das Altgerät ist nun nicht mehr funktionsfähig und kann nicht mit vertretbarem Aufwand repariert werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb die Beschaffung eines neuen Gerätes vor, so dass weiterhin drei Geräte zeitgleich zum Einsatz kommen können.

Es wird vorgeschlagen, das gleiche Modell zu beschaffen, wie sie im Dezember in zweifacher Ausführung gekauft wurde und derzeit im Einsatz in der Staugasse sind. Auf diese Weise können mit einer Software und einer Halterungstechnik drei Geräte genutzt werden.

Die Kosten belaufen sich auf rund 2.300 Euro inkl. Zubehör. Die Finanzierung erfolgt überplanmäßig im Haushalt. Deckungsmittel können generiert werden.

Die Gemeinderäte Hagner und Müller sprechen sich in der sich anschließenden Aussprache für die Beschaffung der Geschwindigkeitsmesstafel aus.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung eines LED-Geschwindigkeitsanzeigesystems als Ersatzbeschaffung für die defekte Geschwindigkeitsmesstafel.

- einstimmig -

Zu Punkt 4.1

Hauptamtsleiterin Maahs erläutert den aktuellen Planungsstand für die zusätzliche Betreuungseinrichtung in Kälbertshausen.

Der Gemeinderat hat im Zuge der Fortschreibung der Bedarfsplanung in der Sitzung am 1.6.2016 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Gemeinderat nimmt die Bedarfsplanung 2016/2017 zur Kenntnis und beauftragt aufgrund des Bedarfs an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und Kinder über drei Jahren bis Schuleintritt die Verwaltung mit der Einrichtung weiterer Betreuungsplätze.“

In der Sitzung waren die Kinderzahlen, die das Tätigwerden erforderlich machen, dargelegt worden und ein Ausblick auf die Erfüllung des Anspruchs gegeben worden. Die Verwaltung hat die Planungen für die Einrichtung von Betreuungsplätzen in Kindertagesbetreuung aufgenommen. Die bisherigen Erkenntnisse sollen kurz wie folgt zusammengefasst werden:

- Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder über drei Jahre und Kinder unter drei Jahren zum 1.2.2017
- Einrichtung der Betreuungsplätze in den leer stehenden Räumlichkeiten des ehemaligen Kindergartens in Kälbertshausen
- Zuvor umfassende Ertüchtigung der Räumlichkeiten (Elektro-, Maler- und Tapezier-, Bodenbelags-, Sanitär- und weitere Arbeiten) sowie vollständige Neuausstattung
- Träger soll die evangelische Kirchengemeinde Hüffenhardt werden
- Die Betreuung soll im Sinne von „zwei Häuser unter einem Dach“ durch die Evangelische Tageseinrichtung für Kinder in Hüffenhardt erfolgen. Hier laufen bereits umfangreichen Vorarbeiten, wie z.B. die Konzeptionserstellung.
- Gleiche Ausgestaltung der Schließtage sowie der Öffnungszeiten
- Zusammenarbeit der Einrichtung bei Projekten, Festen und Feiern
- Gleichartiges Konzept mit gewollten, spezifischen Unterschieden der Einrichtungen
- Das Angebot soll von Kontinuität geprägt sein, d.h. die Einrichtung soll nicht kurzfristig betrieben werden. Ein Bedarf konnte für die Dauer der kommenden vier Jahre festgestellt werden.
- Ein Busdienst soll von Hüffenhardt nach Kälbertshausen eingerichtet werden. Hierzu gibt es bereits Gespräche mit Frau Baz. Sie befördert die Kinder derzeit von Kälbertshausen nach Hüffenhardt.

Im Zuge der Planungen haben der Kindergarten und die Verwaltung Gespräche rund um das Projekt mit dem Elternbeirat des Kindergartens geführt, um die Voraussetzungen für das Gelingen des Projektes auszuloten. Darüber hinaus hat am 18.7.2016 eine Kuratoriumssitzung in dieser Sache stattgefunden. Ebenso wurden die Eltern der Hüffenhardter Kinder bei einem Elternabend am 19.7.2016 über das Vorhaben informiert. Zuvor wurde im Amtsblatt das Projekt erläutert.

Zum jetzigen Zeitpunkt wird ausgelotet, in welcher Gruppenform die Betreuung erfolgen kann und welche Empfehlung der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) hierfür ausspricht. Weitere Gespräche wurden bereits geführt und werden noch geführt mit der Diakonie als Fachberatung des Evangelischen Hauses für Kinder in Hüffenhardt, dem Neckar-Odenwald-Kreis wegen der baurechtlichen Genehmigungspflicht sowie dem Brandschutz, dem Gesundheitsamt und dem Veterinäramt und der Unfallkasse Baden-Württemberg.

Für die Instandsetzung der Räumlichkeiten stehen im Haushaltsplan der Gemeinde Hüffenhardt folgende Mittel zur Verfügung:

60.000 Euro Ausstattung Kindergarten

129.500 Euro Hochbau für die Sanierung der Räumlichkeiten im Kindergarten Kälbertshausen

Die Gemeinde kann mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 20.000 Euro für die Einrichtung von Kleinkindbetreuungsplätzen rechnen. Darüber hinaus ist ein gestellter Ausgleichstockzuschuss in Höhe von 91.000 Euro noch nicht beschieden.

Keine Aussage kann aufgrund der laufenden Planungen derzeit getroffen werden,

- welche Gruppenform für die Einrichtung angestrebt wird
- wie sich das Personal für die Betreuung hinsichtlich Namen und Stellenanteil zusammensetzt
- welche Kinder in welchem Haus betreut werden Erst wenn die Gruppenform feststeht, können die weiteren Punkte beantwortet werden. Hierfür soll es im Herbst weitere Informationen an die Eltern geben.

Die Verwaltung bittet um die Zusage des Gemeinderats, die Gruppenform/-en unter Berücksichtigung der Kinderzahlen sowie der entstehenden Kosten, aber auch der Realisierbarkeit im Kindergartenalltag planen zu können. Diese und alle weiteren Informationen sollen dem Gemeinderat dann nach der Sommerpause vorgelegt werden.

Ortsvorsteher Geörg berichtet, dass der Ortschaftsrat von dem Vorhaben zustimmend Kenntnis genommen hat.

Gemeinderat Kratz berichtet von der Kuratoriumssitzung. Hier war die Personalsuche thematisiert worden. Frau Maahs ergänzt, dass die Personalsuche erst starten könne, wenn die Gruppenform feststeht. Dann kann der Personalbedarf berechnet werden. Die Personalsuche wird dann über die Kirche gestaltet werden, da diese auch die Verträge abschließen werden.

Der Gemeinderat nimmt von dem Sachverhalt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2

Wie oben bereits dargelegt, müssen diverse Ertüchtigungen baulicher Art erfolgen, bevor im Februar die Einrichtung ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Nach Absprache mit allen erforderlichen Behörden und Institutionen sollen die Arbeiten zeitnah geplant und vergeben werden, um den Zeitrahmen einhalten zu können.

Deshalb bittet die Verwaltung im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel (siehe oben) die erforderlichen Gewerke selbst vergeben zu können. So kann das Projekt zeitlich besser getaktet werden und die Verwaltung kann flexibler arbeiten.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die für die Einrichtung einer Kindstagesbetreuung erforderlichen baulichen Instandsetzungsmaßnahmen in den Räumlichkeiten des 1. OG in der Hälde 2, Ortsteil Kälbertshausen, nach der Planung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu vergeben.

- einstimmig -

Zu Punkt 5

Frau Maahs erläutert den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt anhand der Verwaltungsvorlage.

Die Kindergartenbeiträge wurden für das Kindergartenjahr 2015/2016 wie folgt beschlossen:

	Beitrag in Euro Kindergarten VÖ-Gruppe	Beitrag in Euro Krippe VÖ-Gruppe
Erstkind	135	224
Zweitkind	103	172
Drittkind	68	116
Viertkind	22	42

(VÖ-Gruppe = 6,5 Stunden Besuch täglich und 12 Monatsbeiträge, Anwendung des Württemberger Modells)

Die Überprüfung der Elternbeiträge hat ergeben, dass im Bereich des Kindergartens ein Deckungsgrad von 20 % der Betriebskosten im Jahr 2015 erreicht wurde.

Im Bereich der Krippe konnte mit den erzielten Elternbeiträgen in Höhe von 16.939 Euro der erforderliche Deckungsbeitrag in Höhe von 20 % der Betriebskosten (22.434,18 Euro) nicht erreicht werden.

Hier sind lediglich 15,1 % der Kosten gedeckt.

Der Gemeindetag, der Städtetag und die Kirchen haben für das Kindergartenjahr 2016/2017 keine Empfehlung abgegeben, da die erforderliche Zeit für die Berechnung neuer Beiträge nicht gegeben war.

Die Beteiligten gehen davon aus, dass im nächsten Kindergartenjahr die Gebühren daher überproportional um ca. 6 bis 8 % aufgrund der Erhöhungen im Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst steigen werden.

Zusätzlich wird in Hüffenhardt der Effekt zum Tragen kommen, dass der Stellenplan um 1,34 Stellen nach oben korrigiert wurde, was sich finanziell erstmals in 2016 auswirken wird.

Angesichts der Tatsache, dass die Kosten im Krippenbereich bereits im vergangenen Jahr nicht gedeckt waren und die Beiträge weit unter den Empfehlungen des Gemeindetags liegen, spricht die Verwaltung die Empfehlung aus, hier eine Beitragsanpassung vorzunehmen.

Dies auch vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Kostensteigerung in 2016 aufgrund der o.g. Tatsachen. Für den Kindergartenbereich soll das Jahr 2016 abgewartet werden, um hinsichtlich der Mehrkosten und des Kostendeckungsgrades eine verlässliche Aussage treffen zu können.

Das Kuratorium hat vor einigen Jahren beschlossen, um das Niveau der Beiträge wie vom Gemeindetag empfohlen zu erreichen, für die Krippe nach dem alten Modell den doppelten Regelgruppenbeitrag zzgl. 25 % Aufschlag aufgrund der Betreuungsform verlängerte Öffnungszeiten festzusetzen und zusätzlich einen Betrag von 7 Euro zu erheben. Auf diese Weise soll langfristig sowohl die Kostendeckung als auch die Anpassung an die vom Gemeindetag vorgeschlagenen Beiträge erreicht werden.

Für die Eltern bedeutet das ein Mehraufwand von 84 Euro pro Jahr in der Annahme, dass das Kind ein ganzes Jahr einen Kleinkindplatz belegt. Bei zehn verfügbaren Plätzen und Vollbelegung in allen Monaten sind somit Mehreinnahmen von 840 Euro zu generieren.

Dies ist für die Eltern verkraftbar und als angemessene Erhöhung zu betrachten.

Die Erforderlichkeit einer weiteren Beitragsanpassung zum Kindergartenjahr 2017/2018 wird hierdurch sowohl für die Kindergartengruppen als auch die Krippengruppe nicht entfallen.

Das Kindergartenkuratorium hat der Anpassung der Gebührensätze wie vorgeschlagen einstimmig zugestimmt.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt folgende Gebührensätze für die Krippengruppe im Kindergartenjahr

2016/2017:

Beitrag in Euro Krippe VÖ-Gruppe neu

Erstkind	231
Zweitkind	179
Drittkind	123
Viertkind	49

Die aktuellen Gebührensätze für die Kindergartengruppe werden beibehalten.

- einstimmig -

Zu Punkt 6.1

Frau Maahs erläutert die Tischvorlage zur Vergabe der Betonbauarbeiten im Rahmen der Erweiterung des Bauhofes.

Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss zur Erweiterung des Bauhofes gefasst und das Einvernehmen für das zugehörige Baugesuch erteilt. Damit die Bauarbeiten noch im September 2016, nach Erteilung der Baugenehmigung, beginnen können, wurden bereits die Betonbauarbeiten und die Zimmererarbeiten beschränkt ausgeschrieben und werden dem Gemeinderat nun zur Vergabe vorgelegt.

Für die Betonbauarbeiten wurden sechs Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Zur Submission am 25.7.2016 haben auch alle Firmen ein Angebot vorgelegt. Nachfolgend das Ergebnis der Angebotsöffnung:

Bieter	Angebotssumme in Euro brutto
Firma Prinke Bau GmbH, Hüffenhardt	21.926,35
Bieter 2	22.493,98
Bieter 3	24.904,92
Bieter 4	26.016,76
Bieter 5	29.770,31
Bieter 6	30.936,19

Alle Angebote sind rechnerisch richtig und formell zuzulassen.

Der günstigste Bieter ist der Gemeinde als zuverlässig und leistungsfähig bekannt. Insofern schlägt die Verwaltung die Vergabe an den günstigsten Bieter vor. Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung.

Hinreichend informiert fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Betonbauarbeiten wie oben dargestellt zum Preis von 21.926,35 Euro brutto an die Firma Prinke Bau GmbH aus Hüffenhardt. Die Vergabeentscheidung erfolgt vorbehaltlich der Vorlage einer Baugenehmigung.

- einstimmig -

Zu Punkt 6.2

Frau Maahs erläutert die Verwaltungsvorlage zur Vergabe der Zimmererarbeiten im Zuge der Erweiterung des Bauhofes.

Für die Zimmererarbeiten wurden sechs Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Zur Submission am 25.7.2016 haben drei Firmen ein Angebot vorgelegt. Eine Firma hat wegen voller Auftragsbücher abgesagt, zwei Firmen haben sich nicht geäußert. Nachfolgend das Ergebnis der Angebotsöffnung:

Bieter	Angebotssumme in Euro brutto
Firma Holzbau Neckarmühlbach, Haßmersheim	23.503,33
Bieter 2	28.329,04
Bieter 3	29.550,38

Alle Angebote sind rechnerisch richtig und formell zuzulassen. Der günstigste Bieter ist der Gemeinde als zuverlässig und leistungsfähig bekannt. Insofern schlägt die Verwaltung die Vergabe an den günstigsten Bieter vor. Das Angebot liegt innerhalb der Kostenschätzung.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Müller erläutert Herr Hahn den Inhalt der Zimmererarbeiten.

Sodann fasst der Gemeinderat ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Zimmererarbeiten wie oben dargestellt zum Preis von 23.503,33 Euro brutto an die Firma Holzbau Neckarmühlbach aus Hüffenhardt. Die Vergabeentscheidung erfolgt vorbehaltlich der Vorlage einer Baugenehmigung.

- einstimmig -

Zu Punkt 7

Um auch während der Sitzungsferien eine zügige Bearbeitung von Baugesuchen gewährleisten zu können, bittet der Vorsitzende nachfolgend um Ermächtigung der Verwaltung zur Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde in einfachen Fällen.

Beschluss

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung während der sitzungsfreien Zeit das Einvernehmen der Gemeinde gem. § 36 BauGB in einfachen Fällen zu erteilen.

- einstimmig -

Zu Punkt 8

Bürgermeister Neff informiert, dass der Gemeinderat in seiner vergangenen nicht öffentlichen Sitzung am 6.7.2016 einer berufsbegleitenden Fortbildungsmaßnahme von Ortsbaumeister Torsten Hahn zugestimmt hat und Frau Emely Sarfert aus Obrigheim für die Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten, Fachrichtung Kommunalverwaltung, gewählt wurde. Sie beginnt ihre Ausbildung zum 1.9.2016.

Außerdem wurde über einen Grundstücksankauf Beschluss gefasst.

Zu Punkt 9

Bürgermeister Neff begrüßt zunächst Frau Dr. Benecke und Herrn Dr. Ewen vom Forum Energiedialog. In der letzten Sitzung war diese Einrichtung von Vertretern der Bürgerinitiative angesprochen und die Frage gestellt worden, inwiefern die Gemeinde mit dem Forum Energiedialog zusammenarbeite.

Kurzfristig habe sich nun die Möglichkeit ergeben, dass die beiden Vertreter von Forum energiedialog heute selbst deren Arbeit, auch mit Bezug auf Hüffenhardt, vorstellen.

Sodann übergibt Bürgermeister Neff das Wort an Herrn Dr. Ewen, der das Forum Energiedialog anhand einer PowerPoint-Präsentation vorstellt.

Herr Dr. Ewen erläutert, dass sich das Forum Energiedialog in Baden-Württemberg derzeit in der Pilotphase befinde und am September 2016 ein flächendeckendes Angebot gemacht werden soll.

Ziel der Arbeit sei die Vermittlung zwischen dem politischen Wunsch des Bundes und Landes nach dem Ausbau der erneuerbaren Energien und denjenigen, die erneuerbare Energien nicht um jeden

Preis wollen. Derzeit liege der Fokus des Forums Energiedialog auf der Windenergie, ggf. können in Zukunft auch weitere Energieformen in deren Arbeit einbezogen werden.

Ihm sei bei seiner Arbeit wichtig aufzuzeigen, dass es möglich ist, „im Konflikt anständig“ miteinander umzugehen und für diese Möglichkeiten Unterstützungsangebote zu machen. Dabei wolle das Forum Energiedialog fair und allparteilich arbeiten, d.h. die Meinungen der verschiedenen Parteien darstellen und auf einfache Worte reduzieren und damit die Zusammenhänge verständlich darstellen.

Für Hüffenhardt schlage er vor, sowohl einen Flyer zu erarbeiten als auch eine Infomesse zu bestimmten Fragestellungen zu veranstalten. Eine Großveranstaltung sei dabei nicht beabsichtigt.

Gemeinderat Hagner möchte von Herrn Dr. Ewen wissen, ob seine Vorschläge für ein weiteres Vorgehen vor Ort im Vorfeld des Bürgerentscheides noch umgesetzt werden können. Ihm sei daran gelegen, eine Meinungsbildung in dieser Sache zu ermöglichen.

Herr Dr. Ewen antwortet, dass er es für sinnvoll hält, die Kommunikation auf wenige, zentrale Argumente beider Seiten zu beschränken.

Gemeinderat Luckhaupt sieht kein zeitliches Problem für Maßnahmen im Vorfeld des Bürgerentscheides, kann jedoch nicht den Sinn in entsprechenden Maßnahmen erkennen und äußert den Verdacht, dass das Forum Energiedialog das Ziel verfolge, die Bürgerinitiative mundtot zu machen und hält es für nicht richtig, dass eine mit Steuergeldern finanzierte Einrichtung Stimmung in der Bürgerschaft machen soll.

Dr. Ewen berichtet von anderen Veranstaltungen, die bereits in Baden-Württemberg durchgeführt wurden und bittet, die Bewertung der möglichen Einseitigkeit abzuwarten, bis das Forum Energiedialog seine Arbeit tatsächlich aufgenommen hat und deren Tätigkeit beurteilt werden kann, denn das Forum Energiedialog habe nicht die Aufgabe des Landes erhalten, möglichst viele „Windräder durchzuboxen“. Er erinnert an seinen Vortrag eingangs, wonach die Kommunikation im Vordergrund steht.

Gemeinderat Luckhaupt legt seine Beweggründe da, weshalb er sich gegen die Windkraft vor Ort ausspricht, die Gemeinderäte Hagner und Geörg widersprechen daraufhin der Darstellung von Gemeinderat Luckhaupt hinsichtlich seiner Argumentation, die Jagdausübung werde durch die Windkraft erheblich erschwert.

Gemeinderätin Bräuchle kommt auf den Vortrag von Dr. Ewen zurück und unterstützt die Idee, dass das Forum Energiedialog sich einbringt in der Hoffnung, die sachliche Diskussion zu fördern. Dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Wahrnehmung des Gebarens der Windkraftgegner.

Als Vertreter der Bürgerinitiative erklärt Herr Hagendorn mit Zustimmung von Bürgermeister Neff, dass er das Tätigwerden des Forums Energiedialog im Vorfeld des Bürgerentscheides am 30.10.2016 ablehne. Er halte die Bürgerschaft für informiert und fähig, sich selbst eine Meinung zu dem Sachverhalt zu machen. Im Übrigen habe die Gemeinde bereits eine Informationsfahrt zum Windpark nach Buchen angeboten.

Im Übrigen greifen Herr Hagendorn und ein weiterer Bürger die Diskussion um die Jagdausübung im Bereich eines Windparks nochmals auf und stellen ihre Erkenntnisse dar.

Herr Dr. Ewen geht auf die Haltung der Bürgerinitiative ein und erklärt, dass er ein faires Informationsangebot vor der Entscheidung nicht für eine Beeinflussung, sondern als neutrales Angebot sieht. Aufgrund der Frage nach der zu rodenden Fläche für die Errichtung einer Windenergieanlage ergibt sich eine Diskussion zwischen Gemeinderäten, Bürgermeister und Zuhörern, welche Aussagen als richtig anzuerkennen sind und inwiefern die Zahlen verifiziert werden können. Dies führt zu der Frage der Beteiligten, welche Informationen richtig seien und ob diese richtig kommuniziert werden.

Dr. Ewen nimmt dies zum Anlass und erklärt, dass mit dem Angebot des Forums Energiedialog auch Faktenchecks verbunden sein können. D.h. externe Fachleute von verschiedenen Bereichen beantworten Fragen, wie z.B. die Frage nach den Auswirkungen der Rodungsmaßnahmen auf den Wald.

Nach erneutem Vorwurf, das Forum Energiedialog sei keine neutrale Institution, fordert Dr. Ewen die Anwesenden auf, die Arbeit des Forum Energiedialog zuzulassen und danach ein Urteil über die Qualität der Arbeit zu fällen.

Dr. Benecke betont, dass auch die Bürgerinitiative in die Arbeit einbezogen würde und stellt somit nochmals heraus, dass es sich um ein Kommunikationsangebot handle.

Auf Nachfrage aus dem Zuhörerraum erklärt Dr. Ewen, wie der Kontakt zur Gemeinde auf Vorschlag des Regierungspräsidiums zustande gekommen ist.

Ein Zuhörer ist der Auffassung, dass die Gemeinde Haßmersheim mit dem durch den geplanten Windpark besonders betroffenen Ortsteil Hochhausen in die Gespräche und Diskussion einbezogen werden muss.

Aus dem Zuhörerraum wird der Vorwurf laut, die Gemeinde verhalte sich arrogant, wenn sie versuche, die Bürger „rumzudrehen“ und nicht deren Meinung akzeptiere. Diesen Vorwurf lässt sich Gemeinderat Stark nicht machen und erklärt, dass diese Aussage zeige, dass eine Basis für ein normales Gespräch gefunden werden müsse. Und eine solche Möglichkeit durch das Forum Energiedialog geschaffen werden müsse.

Es wird daraufhin intensiv über die Frage diskutiert, ob und in welcher Form die Gemeinde ihrer Kommunikationspflicht gerecht geworden ist. Der Vorwurf wird laut, die Gemeinde habe es verpasst, den Dialog zu starten. Auch die Frage, warum die Bürgerinitiative nicht früher agiert habe, wird gestellt. Es kann hinsichtlich der Frage nach der Moderation durch das Forum Energiedialog bis zum Bürgerentscheid keine Einigkeit herbeigeführt werden.

Im Übrigen wird von Gemeinderat Müller die Frage aufgeworfen, ob den Bürgern bewusst sei, dass nicht über die Frage abgestimmt wird, ob die Windenergieanlagen gebaut werden oder nicht, sondern über die punktuelle Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Aus dem Zuhörerraum wird entgegengehalten, dass der Bürgerschaft bewusst sei, welche Frage zur Abstimmung steht. Der Gemeinderat müsse das Votum aus dem Bürgerentscheid nach dem Wahltag bewerten und weitere Schritte ergreifen.

Abschließend wird seitens eines Bürgers die Frage gestellt, welche Qualifikation die Mitarbeiter des Forums Energiedialog in ihre Arbeit einbringen.

Dr. Ewen erläutert, dass er als Bauingenieur aus der technischen Sparte komme und eine Zusatzqualifikation in systemischer Beratung habe. Mit seinen 10 Mitarbeitern habe er verschiedene Projekte rund um Geothermie, Straßenbau und Windkraft betreut und werde dabei ganz überwiegend von öffentlichen Institutionen beauftragt.

Frau Dr. Benecke antwortet, dass sie Politologie studiert habe mit einer Fachausbildung Dialog und Kommunikationsprozesse. Im Rahmen dieses Studiums habe sie sich mit der Windenergie auf internationaler Ebene beschäftigt.

Auf Nachfrage bestätigt Dr. Ewen, dass kein Psychologe im Team arbeite.

Sodann bedankt sich Bürgermeister Neff bei Dr. Ewen und Dr. Benecke für deren Kommen und fährt mit der Tagesordnung fort und gibt Folgendes bekannt:

- Firma Fortwengel hat uns informiert, dass im Rahmen der notwendigen Informations-erhebung für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren nach BImSchG eine Aufnahme und Dokumentation möglicher Immissionspunkte (für Schall und Schatten) und tatsächlicher Gegebenheiten vor Ort notwendig ist. Dies geschieht durch Gutachter, die die konkreten lokalen Gegebenheiten dokumentieren und in einem späteren Gutachten auswerten. Die Gutachter des Büros BBB Umwelttechnik GmbH werden in dieser Woche vor Ort sein. Die hat die Firma Fortwengel Windkraftplanung GmbH mitgeteilt.

Aus dem Zuhörerkreis der letzten Gemeinderatssitzung kam die Frage nach dem weiteren Fortgang der Windparkplanung seitens der Firma Fortwengel, nach Bekanntwerden des Bürgerbegehrens. Wie

bereits in der letzten Sitzung meinerseits ausgeführt, plant die Firma weiterhin die Umsetzung des Windparks, was diese gutachterlichen Tätigkeiten unterstützen.

- Im Rahmen des Ausbaus für den Breitbandanschluss hat eine Ortsbegehung stattgefunden. Damals schon wurde seitens des Bürgermeisters auf die komplette Einbeziehung der Waldstraße mit Erdverkabelung und Straßenbeleuchtung hingewiesen.

Seitens der Netze-BW gab es damals schon die Aussage, dies nicht durchführen zu können. Anschließend kam ein Anwohner der Waldstraße persönlich vorbei und schilderte seine Bitte, die Freileitung in der Waldstraße komplett abzubauen. Im Gespräch wurde dargelegt, dass die Gemeinde dies bereits vorgeschlagen hat, jedoch die Netze-BW keine Möglichkeiten für eine entsprechende Maßnahme derzeit sehe. Nun sei ein schriftlicher Antrag der Anwohner der Waldstraße in dieser Sache eingegangen. Bürgermeister Neff legt die Kosten dar, die sich für die Erdverkabelung in der Waldstraße ohne Kosten der Straßenbeleuchtung auf rund 30.000 Euro belaufen würden. Diese können von der Netze-BW aktuell nicht projektiert werden. Seitens der Verwaltung wird keine Möglichkeit gesehen, die Kosten zu tragen. Nach kurzer Diskussion herrscht Einigkeit im Gremium, dass die Kosten nicht übernommen werden können.

Gemeinderat Müller regt an, beim nächsten Abschluss des Konzessionsvertrages ein Augenmerk auf die Frage nach dem vollständigen Abbau der Freileitungen im Ortsnetz zu legen.

- Bürgermeister Neff berichtet von einer Rückmeldung des Neckar- Odenwald-Kreises, der in der Staugasse eine Verkehrszählung und Auswertung der gefahrenen Geschwindigkeiten vorgenommen hat. Er zitiert Passagen des Antwortschreibens.
- Aufgrund der Erkenntnisse fühlt sich Gemeinderat Hagner in der Annahme bestätigt, dass es seitens der Verwaltung richtig war, die Geschwindigkeitsmesstafeln in der Staugasse aufzubauen.
- Die Bauarbeiten in der Straße Bangert beginnen am 1.8.2016.
- Die Arbeiten in der Hauptstraße 26 zur Dach- und Fassadensanierung sind in vollem Gange. Mehrkosten im Vergleich zur Auftragsvergabe zeichnen sich beim Zimmerergewerk und dem Bauschreiner ab. Der Kostenrahmen des Projekts wird aber voraussichtlich eingehalten werden.
- Mit Beginn der Sommerferien starten in der kommenden Woche auch die Arbeiten in der Grundschule, zunächst wird der Trockenbauer tätig sein, es schließen sich sodann die Malerarbeiten an.
- Auf die jeweils anstehenden Veranstaltungen in Hüffenhardt wird unter Bezugnahme auf die Ankündigungen im Amtsblatt hingewiesen.
- Gemeinderat Luckhaupt erkundigt sich bei Bürgermeister Neff, warum ein in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschluss noch nicht bekannt gegeben wurde. Bürgermeister Neff antwortet, dass der Beschluss so lang nicht bekannt gegeben werde, wie die Nichtöffentlichkeit gegeben sei. Dies obliegt seiner Überwachung.
- Gemeinderat Müller bittet um Auskunft zum Planungsstand Wohnumfeldmaßnahme Bohnengasse.
- Bürgermeister Neff erklärt, dass noch keine detaillierten Planungen vorangetrieben worden sind.
- Weiter moniert Gemeinderat Müller, dass ein ehemaliger Interessent für die Sportgaststätte die Örtlichkeit als nicht vollständig ausgestattet und dreckig bezeichnet habe und eine Investitionssumme für einen möglichen Pächter von zwischen 10.000 und 15.000 Euro benannt habe.
- Bürgermeister Neff führt aus, dass die Gerätschaften ein entsprechendes Alter erreicht haben und Investitionen dann zu besprechen seien, wenn ein konkreter Anlass gegeben sei. Geschirr etc. sei auch in der Vergangenheit keinem Pächter zur Verfügung gestellt worden.

Zu Punkt 10

Ein Bürger kritisiert die schlechte Ausschilderung der bestehenden überörtlichen Umleitungen für Lastkraftwagen.

Bürgermeister Neff ist der Meinung, dass die Fahrer in der Regel entsprechend dem Navigationsgerät fahren anstatt auf die Beschilderung zu achten. Dies führe zu schwierigen Situationen im Straßenverkehr. Unter Bezugnahme auf den bevorstehenden Bürgerentscheid zur Frage nach der punktuellen Fortschreibung des Flächennutzungsplans in Sachen Windkraft möchte ein Bürger wissen, wie die Gemeinde weiter verfahren werde.

Bürgermeister Neff sagt, dass die Verwaltung sich noch in der Planung befinde. Unter Bezugnahme auf die Mitteilung von Bürgermeister Neff, dass Gutachter vor Ort waren, um die Schall- und Schattengutachten vorzubereiten, bittet ein Bürger die Verwaltung, auf die Fortwengel Windkraftplanung GmbH zuzugehen, dass diese mit Blick auf mögliche Ersatzleistungen keine weiteren Kosten produzieren. Ein weiterer Bürger bittet die Verwaltung, im Zuge von künftigen Vertragsverhandlungen für den Konzessionsabgabevertrag den Abbau von Freileitungen im Ortsnetz voranzutreiben. Insofern unterstütze er den Vorschlag von Gemeinderat Müller.

Ein Bürger möchte im Vorfeld des Bürgerentscheides wissen, ob bei einem Ausstieg aus dem Nutzungsvertrag mit der Firma Fortwengel Windkraft Planung GmbH Regresszahlungen anfallen werden und in welcher Höhe.

Frau Maahs verweist den Bürger auf den noch zu bescheidenden Antrag der Bürgerinitiative nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz, der diese Frage bereits beinhalte.

Im Übrigen werde eine solche Information sicherlich im Vorfeld des Bürgerentscheides kommuniziert werden.

Auf Nachfrage des Bürgers, bis wann der Antrag bearbeitet sein werde, erläutert Frau Maahs unter Bezugnahme auf das Landesinformationsfreiheitsgesetz auf die Fristen für die Bearbeitung und die notwendige Beteiligung Dritter und bittet in diesem Zuge um Geduld bis zur Bescheidung des Antrages.

Ein Bürger schildert seinen Eindruck, im Gemeinderat werde die Auffassung vertreten, dass die neue Kindertagesbetreuung in Kälbertshausen nicht gleichwertig wie die Hüffenhardter Einrichtung sei. Er belegt seinen Eindruck mit Aussagen der Gemeinderätinnen Bräuchle und Freyh. Die Gemeinderätinnen Bräuchle und Freyh streiten diesen Vorwurf ab und legen dar, dass genau dieser Eindruck nicht entstehen solle und deshalb alles getan werden müsse, um den Eltern die Ängste zu nehmen und nicht das Gefühl bei ihnen aufkommen zu lassen, dass die Kinder „abgeschoben“ werden.

Frau Maahs bezieht sich nochmals auf ihren Vortrag zu Tagesordnungspunkt 4 und bricht eine Lanze für die zu schaffende Tageseinrichtung, für welche sich die Verwaltung in Form von Ortsbaumeister Hahn, Frau Maahs und das Evangelische Haus für Kinder in Hüffenhardt in besonderer Weise engagieren. Sie wehre sich gegen jeglichen Verdacht, dass die Betreuung nicht genauso gut wie in Hüffenhardt geplant und vorbereitet werde.

Abschließend regt ein Bürger an, den Sand im Kindergarten wegen der vielen Tiere im Außenbereich regelmäßig zu wechseln. Ortsbaumeister Hahn entgegnet, dass der Sand kontrolliert und nach Bedarf ausgewechselt werde. Dies sei erst kürzlich wieder geschehen.